



Alte Technik:
Sicherheitsrisiko Isar 1
Interview mit Dipl.
Phys. Wolfgang
Neumann
Seite 2



Uranabbau:
10.000 anerkannte
Lungenkrebsfälle
durch Uranabbau
in Deutschland
Seite 3



Demonstrieren Sie mit!
- Großdemo in München
Sa. 09.10.2010
Sa. 23.10.2010 in Landshut
- Montags-Mahnwache Isar 1
Seite 4

100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050 machbar

Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden. Dies erklärte der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), Prof. Dr. Martin Faulstich, am 05. Mai 2010 im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages. Dort präsentierte der SRU seine Szenarien für eine regenerative Stromversorgung in Deutschland. Prof. Dr. Faulstich forderte: „Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen für den Umbau des Energiesystems stellen.“

Der SRU berät die Bundesregierung seit 1972 in Fragen der Umweltpolitik. Die Zusammensetzung des Rates aus sieben Universitätsprofessorinnen und -professoren verschiedener Fachdisziplinen gewährleistet eine wissenschaftlich unabhängige Begutachtung, sowohl aus naturwissenschaftlich-technischer als auch aus ökonomischer, rechtlicher und ethischer Perspektive. (www.umweltrat.de)
Der Energieexperte des Rates, Prof. Dr. Olav Hohmeyer, betonte: „Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke

erforderlich. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien steht bereits.“

Mit verschiedenen Szenarien zeigt der SRU, dass eine vollständig erneuerbare Stromversorgung bis 2050 zu wettbewerbsfähigen Kosten möglich ist. Dabei ist Versorgungssicherheit zu jeder Stunde des Jahres gewährleistet. Wesentliche Ergebnisse der Szenarien sind:

1. Das nachhaltig nutzbare Potenzial an erneuerbaren Energien in Europa übersteigt nachweislich den heutigen und auch den zukünftigen Strombedarf um ein Vielfaches.

2. Da das Angebot von Wind- und Sonnenenergie jedoch erheblich schwankt, müssen zur Deckung der Nachfrage Speicher und Netze ausgebaut werden. Dieser Ausbau innerhalb Deutschlands und der EU ist die größte Herausforderung für einen schnellen Übergang zur regenerativen Stromversorgung. Hier muss dringend und rasch gehandelt werden. Der SRU empfiehlt der Bundesregierung, bei der Ausbauplanung eine sehr aktive Rolle einzunehmen.

3. Die Stromgestehungskosten (Kosten für Erzeugung, Speicherung und Netzausbau) in einem vollständig auf erneuerbaren Energien beruhenden System sind nach den Berechnungen des SRU wahrscheinlich sogar niedriger als bei einem Mix aus regenerativen und CO₂-armen konventionellen Energiequellen.

4. Die anstehende Erneuerung des Kraftwerkparks in Deutschland bietet besonders günstige Voraussetzungen für die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien. Die heute bestehenden und die bereits im Bau befindlichen konventionellen Kraftwerke können dabei entsprechend ihrer normalen Lebensdauer sukzessive vom Netz gehen und – nach Einschätzung der SRU – durch den Zubau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten ersetzt werden.

Somit ist klar: **Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke sind notwendig für den Übergang zur erneuerbaren Stromversorgung.**

Der SRU warnt davor, dass durch signifikante Laufzeitverlängerungen für AKWs Überkapazitäten im System entstehen. Die konventionellen Kraftwerke sind auf Dauer nicht mit der erneuerbaren Stromerzeugung vereinbar, da ihre Leistung nicht schnell genug an die Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie angepasst werden kann. Das dauerhafte Nebeneinander von konventioneller und wachsender erneuerbarer Stromerzeugung würde das System ineffizient und unnötig teuer machen.

Diese vom SRU vorgestellten Szenarien sind Teil eines Sondergutachtens zur Zukunft der Stromversorgung, das der SRU im Herbst dieses Jahres veröffentlicht wird. (Nachzulesen unter www.umweltrat.de)

Kernenergie – ein auswegloser Streit?

Als theoretischer Physiker betrübt mich die hitzige Diskussion um die Nutzung der Kernenergie sehr. In beiden Lagern haben sich gute Freunde und geschätzte Kollegen in einem Klein-Klein der technischen Detailfragen und gegenseitigen Vorwürfen bis hin zu persönlichen Verunglimpfungen festgefahren. Ich möchte alle Beteiligten ersuchen, für einen Augenblick innezuhalten, die eigene Eitelkeit des Rechthabens zurückzustellen und das Problem aus einer übergeordneten Warte zu betrachten, um der großen Verantwortung gerecht zu werden.

Bei der Frage nach der Nutzung der Kernenergie ist es dem einzelnen Menschen in der Regel nicht möglich, nach eigenem Wissen zu entscheiden. Er verfügt schlichtweg nicht über das Fachwissen bezüglich Uranabbau, Betriebsrisiken, Lagerung des Atommülls usw. und vertraut deshalb auf die Einschätzung sog. Sachverständiger. Unglücklicherweise kommen diese allerdings zu völlig unterschiedlichen Einschätzungen und es gibt scheinbar stichhaltige Argumente auf beiden Seiten.

Ist es demnach unmöglich die richtige Entscheidung zu treffen? Ich denke, es ist möglich und sogar überraschend einfach – allerdings müssen wir dazu bereit sein, unser wohlvertrautes Terrain des wissenschaftlichen Verifizierens und Falsifizierens zu verlassen und eine moralische Komponente hinzuzufügen. Die richtige Entscheidung werden wir nicht allein nach bestem Wissen sondern nach bestem Wissen und Gewissen finden.

Betrachten wir ein einfaches Gedankenexperiment: Sie stehen vor einem zugefrorenen See. Der Weg um den See ist kaum einsehbar und es ist nicht erkennbar, welche Unwägbarkeiten er mit sich bringt. Es ist verlockend, den See auf direktem Wege zu überqueren, aber dem gegenüber steht das Risiko dass die Eisdecke nicht trägt. Nach eigenem Wissen können Sie nicht entscheiden, also fragen Sie die sachverständigen Anwohner. Das Eis ist 100%ig sicher und die Ausweichroute hart und beschwerlich, sagen die einen. Andere warnen, dass es bereits tödliche Unfälle gab, wogegen der Umweg nur etwas unbequem sei. Wie entscheiden Sie sich? Ginge es nur um Ihre Person, so wäre Ihre persönliche Risikobereitschaft entscheidend. Tragen Sie jedoch Verantwortung auch für andere Menschen, wie würden Sie dann entscheiden – nach bestem Wissen und Gewissen?

Dr. Josef M. Gaßner



Finnlands neues Atomkraftwerk Kein Ende in Sicht

In Finnland wird ein neues Atomkraftwerk gebaut. Lange war es das Vorzeigebjekt der Atomindustrie. „Endlich beginnt die viel gerühmte Renaissance der Atomindustrie“, posaunten die Pressestellen der Atomlobby hinaus. Die CSU-Landtagsfraktion hat im Jahr 2007 die Baustelle sogar eigens besucht und war beeindruckt.

Doch die Zeiten haben sich kräftig gewandelt. Der Bau des Atomkraftwerks im finnischen Olkiluoto hat sich innerhalb weniger Jahre vom Vorzeigebjekt zum Schmuttelkind gewandelt.

Nach den ursprünglichen Plänen sollte der Reaktor innerhalb von vier Jahren und zu einem Preis von 3 Mrd. Euro gebaut werden. Doch anstatt 2009 in Betrieb zu gehen, wären heute die Betreiber schon froh, wenn das AKW 2013 Strom liefern würde. Und schon nach der Hälfte der Bauzeit sind die Kosten um weit mehr als die Hälfte gestiegen, intern geht man bereits von einer Verdoppelung der Kosten aus.

Und wie so oft will keiner daran schuld sein: Die zukünftige Betreiberfirma TVO prozessiert gegen die Baufirma AREVA und will Schadensersatz, weil der Reaktor zu spät fertig wird. Die Baufirma AREVA prozessiert gegen die Betreiberfirma TVO, weil sie angeblich beim Genehmigungsverfahren geschluppt hat. Bei beiden Prozessen geht es jeweils um Milliardenbeträge.



Dass auf der Baustelle alles drunter und drüber geht, ist kein Wunder. Manche sprechen schon von einem modernen Babylon. Mehr als 1500 Firmen sind auf der Baustelle beschäftigt. Insgesamt arbeiten 4000 Menschen aus über 60 Ländern an dem Reaktor. Die Arbeitsbedingungen sind teilweise äußerst unwürdig, wie die schweizerische „Wochezeitung“ vor Kurzem berichtete.

Die finnische Atomsicherheitsbehörde hat bis heute 3000 Baumängel festgestellt. Den vorläufigen Höhepunkt in der Geschichte dieses Reaktors bilden systematische Konstruktionsmängel: Das normale Betriebssystem des Reaktors ist stark mit dem Sicherheitssystem vernetzt. Bei einer Betriebsstörung kann das Sicherheitssystem unter Umständen nicht reagieren, sodass ein erhöhtes Katastrophenrisiko besteht. Zu diesem Ergebnis kamen die Atomaufsichtsbehörden von Frankreich, Großbritannien und Finnland gemeinsam. Sie fordern die Beseitigung der Konstruktionsfehler.

Angeblich hat AREVA schon damit gedroht, die Baustelle ganz aufzugeben. Angesichts der aufgetretenen Probleme wäre dies der einzig richtige Schritt.

Sicherheitsrisiko Isar 1

Interview mit Dipl. Phys. Wolfgang Neumann, Intac Hannover

Frage: Herr Neumann, Sie haben eine Studie über „Sicherheitsprobleme älterer Atomkraftwerke“ erstellt und dabei das Atomkraftwerk Isar 1 genauer betrachtet. Warum?

Antwort: Dies war von unserem Auftraggeber, der Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag, so vorgegeben. Sie wollten den Schwerpunkt auf Isar 1 aus dreierlei Gründen legen: Es ist der älteste noch in Betrieb befindliche Reaktor in Bayern; es ist der Reaktor, der nach dem geltenden Atomgesetz im nächsten Jahr vom Netz gehen sollte und es ist auch der Reaktor in Bayern, der in der Presse als „Pannenreaktor“ bekannt wurde. Insofern ist diese Auswahl auch sinnvoll.

Frage: Können Sie denn die Behauptung, Isar 1 sei ein „Pannenreaktor“, bestätigen?

Antwort: „Pannenreaktor“ ist natürlich ein unwissenschaftlicher Begriff. Aber er lässt sich an mehreren Fakten bestätigen. Wir haben die Arbeitsverfügbarkeit der deutschen Atomkraftwerke verglichen. Die Arbeitsverfügbarkeit gibt an, in welchem Umfang ein Kraftwerk zur Verfügung steht. Isar 1 steht dabei – wie übrigens alle Reaktoren dieses Typs „Siedewasserreaktor Baulinie 69“ im letzten Drittel der 17 deutschen Atomkraftwerke – die anderen Reaktoren in diesem Drittel sind z.B. Brunsbüttel, Krümmel, Biblis.

Frage: Gibt es noch andere Bestätigungen für die Bewertung als „Pannenreaktor“?

Antwort: Ja. Auch die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse, also der unvorhergesehenen Abläufe, die so gravierend sind, dass sie den Atomaufsichtsbehörden gemeldet werden müssen, sind bei den Reaktoren dieser Baulinie und auch bei Isar 1 deutlich überdurchschnittlich. Und auch Reaktor-Schnellabschaltungen kommen bei diesem Reaktortyp deutlich häufiger vor.

Frage: Sie sprechen in Ihrem Gutachten aber auch von grundsätzlichen Problemen in Isar 1, die sich nicht so leicht beheben lassen ...

Antwort: Man muss wissen, dass die Planung dieses Reaktors vor über 40 Jahren begann. Damals war die Atomtechnik noch relativ am Anfang. Viele Probleme konnte man damals noch gar nicht überblicken. Und vieles würde man heute nie mehr so bauen wollen und auch nicht mehr genehmigt bekommen: Zum Beispiel die teilweise nur 35 cm dicken Mauern, die vielen militärischen Geschossen geschweige denn einem Flugzeug einfach nicht Stand halten, oder die dünnwandige Stahlbetonwanne des Sicherheitsbehälters und seine kleine und kompakte Bauweise. Diese Kon-

struktionsmängel lassen sich nicht um- bzw. nachrüsten.

Frage: Die Betreiber behaupten aber, sie hätten mehr Geld für Nachrüstungen ausgegeben als für den Bau des Reaktors.

Antwort: Das ist ganz normal. Wenn Sie sich in den 70er-Jahren ein Auto gekauft hätten, dann hätten Sie bis zum heutigen Tag sicher auch schon mehr Geld für Reparaturen und Nachrüstungen ausgegeben. Es kommt doch nicht auf das ausgegebene Geld an, sondern ob grundlegende Mängel beseitigt werden können. Und das ist hier in mehreren entscheidenden Punkten nicht der Fall.

Frage: Im zweiten Teil Ihres Gutachtens haben Sie sich intensiv mit den immer wieder auftretenden Rissen in den Rohrleitungen im Atomkraftwerk befasst.

Antwort: Die Risse verfolgen den Reaktor Isar 1 schon seit den Anfangsjahren. Die Problematik der Risse ist ziemlich kompliziert. Es gibt verschiedene Arten von Rissen und auch unterschiedliche Ursachen. Im Reaktor Isar 1 hat man in der Zwischenzeit eine Fülle von Leitungen und anderen Bauteilen ausgewechselt, doch nur mit bescheidenem Erfolg: Auch nach 30 Jahren treten immer noch und immer wieder Risse auf. Letztlich muss die Wissenschaft zugeben, dass die Ursache für manche Risse bis heute nicht vollständig verstanden ist.

Frage: Die Kraftwerksbetreiber werfen Ihnen vor, dass Sie über den Reaktor Isar 1 schreiben, den Sie aber bis heute nicht von innen gesehen haben. Was sagen Sie dazu?

Antwort: Wir haben uns bei der Stellungnahme ausschließlich auf öffentlich zugängliche Informationen und wissenschaftliche Untersuchungen bezogen. Um die Sicherheit vor Flugzeugabsturz zu beurteilen, muss ich die Dicke der Mauern nicht persönlich mit dem Meterstab nachmessen. Da vertraue ich ganz auf die Angaben von E.ON. Auch Risse oder Materialschwächen in Rohren lassen sich bei einem Besuch nicht erkennen. Es würde mich mehr interessieren, dass E.ON inhaltlich zu der Studie Stellung bezieht. Aber offensichtlich finden sie da keine Anhaltspunkte.



Nix wie raus!



	Audi 60 L	AKW Ohu 1
Baujahr/ Projektstart	1971	1971
Technik	museumsreif	museumsreif
Zustand	gut erhalten	anfällig, letzter Störfall Februar 2010
Geschätzt von	Oldtimer-Fans	E.ON-Managern, Horst Seehofer, der FDP und anderen Rückwärtsgewandten
Status	noch verkehrstauglich	gefährdet Zigtausende Menschenleben

Wenn ein Störfall mal einer ist: Wie viel Zeit bleibt nach dem ABC-Alarm?

Am 30.3.2010 brannten in Wörth a. d. Isar ab 01.45 Uhr ein paar Tonnen Elektroschrott. Die stinkende Wolke mit gesundheitsgefährdenden Chlorgasverbindungen zog rasch über Landshut und erschreckte bei offenem Fenster Schlafende auch in Moosburg, Rottenburg, Furth usw. Erst um 9 Uhr wurde der Landrat informiert, wurde die Bevölkerung per Radio aufgefordert, Fenster und Türen zu schließen. Kommentar eines Rottenburger Bürgers im Internet: „Was passiert, wenn uns das (t)olle Ohu um die Ohren fliegt? Ein schöner Saustall, den wir da fleißig mit unseren Steuergeldern bezahlen.“ Rückfrage eines anderen: „Darf man auch bei einem Unfall im KKI (radioaktiv und geruchlos) die umliegenden Ortschaften nicht durch Warnungen aus dem Schlaf reißen?“

Wird die Information der Bevölkerung besser sein, wenn die aus dem Atomreaktor Isar I entweichende Strahlung tatsächlich einmal ansteigt? Man sollte meinen, 267 meldepflichtige Ereignisse in Isar I zwischen 1977 und 2008 (davon 58 „mit erhöhter Sicherheitsrelevanz“) wären Anlass genug, ein schnelles Warnsystem durchzuplanen.

Ein Glück, dass im Umkreis nur brave Bürger wohnen. Sie sehen den Reaktorblock im Nebel verhüllt und fragen sich: Ein Unfall? Ein Terrorangriff? Für diesen Fall haben sie alle fünf Jahre E.ONs „Ratgeber“ erhalten und ihm einen gut sichtbaren Platz reserviert, manchmal sogar, wie empfohlen, gleich neben dem Telefon. Wer das Heft tatsächlich studiert und nachgedacht hat, legt es lieber unter das Radio, aus dem die Anweisungen zur Evakuierung kommen sollen, denn zum Verständnis wird er die Zonenziffern und Erklärungen dringend brauchen. Ganz Schlaue bietet der Ratgeber vielleicht auch Anhaltspunkte, den eigenen Fluchtweg abseits der Massenstaus anzupeilen. Schließlich erwarten die Behörden, dass ein Großteil

der Bevölkerung das Gebiet mit dem Auto verlässt. Doch wann werden die Informationen den steinigen Weg bis zum ABC-Alarm und zur Verbreitung im Radio zurückgelegt haben? Werden Sprecher und Techniker in verseuchter Atmosphäre ihrem Dienst treu bleiben? Riskieren die mobilen Mess- und Strahlenspürtrupps weiter ihr Leben? Wie viel Zeit ist dann seit dem Eintritt des Störfalls schon verstrichen?

Auf jeden Fall die Zeit, bis sich an die 40 Personen aus allen Himmelsrichtungen im Radiologischen Lagezentrum (sprich: Atombunker des Landratsamts LA) versammelt und entschieden haben, nach welcher der Alarmstufen zu handeln ist und wo in den Aktenwänden die Anweisungen hierfür zu finden sind. Die Nerven der Entscheider werden blank liegen, denn wegen Kinkerlitzchen wird nicht ins radiologische Lagezentrum eingeladen. (Ein Transformatorbrand samt Folgen wie in Krümmel, nach denen das AKW bis jetzt stillgelegt ist, wird nach dieser Stufen-Skala „als Ereignis ohne bzw. mit nur geringer sicherheitstechnischer Bedeutung“ eingestuft.)

Fünf Stunden darf man sich Zeit lassen, denn der Katastrophenplan gilt sowieso nur für den „langsamen Störfall“ und für einen winzigen Teil der betroffenen Bevölkerung: Nur für höchstens 50 Prozent der Bevölkerung in einem Radius von 10 km ist die Evakuierung geplant. Alle anderen (im Falle eines schnelleren Störfalls überhaupt alle) müssen sich selbst helfen, geraten in Staus, Verkehrsunfälle, fahren querfeldein: nur weg, aber wie? Üben Sie sich im Bestimmen und Vorhersagen der Windrichtung und überlegen Sie gut, was Sie unbedingt auf die Flucht mitnehmen müssen! Ach ja, und wenn Sie kein Fahrzeug haben, dann gilt die Anweisung, ein weißes Tuch aus dem Fenster zu hängen und auf den Evakuierungsbus zu warten.

Laufzeitverlängerung = Vertragsbruch

Im Straßenbau käme niemand auf die Idee, eine Brücke zu errichten, die den Weg zwischen A und B verlängert. Genauso verhält es sich aber mit den Laufzeiten der alten AKW.

Der Weg ins regenerative Zeitalter würde länger und aus dem Energiewende-Vorreiter Deutschland binnen weniger Jahre ein Nachzügler. Am 14. Juni 2000 einigten sich die Parteien der rot-grünen Regierung und die Stromkonzerne zum Atomausstieg. Ein Jahr danach sprach E.ON-Vorstandschef Ulrich Hartmann: „Politische Kompromisse sind eine Sache des Vertrauens (...) Die Vereinbarung ist ein erster Schritt. Entscheidend ist, dass beide Seiten sich dem Geist und ihrem Inhalt verbunden fühlen.“ Und auch EnBW-Chef Utz Claasen bekräftigte kategorisch, am Ausstieg werde unter keinen Umständen gerüttelt.

„Ich spekuliere nicht über eine veränderte Regierungszusammensetzung, das verbietet mein Respekt vor dem Bundeskanzler.“ Und 2005 setzte er noch eines drauf. „Die Industrie kann nicht Planungssicherheit verlangen und dann infrage stellen, was sie selbst verhandelt, vereinbart und unterschrieben hat.“ Aber man weiß nicht erst seit der Finanzkrise, dass in den Chefetagen der großen Unternehmen nicht unbedingt ehrbare Kaufleute sitzen. Denn diese hätten einen Vertrag, der zweifellos auch den Wünschen der Mehrheit der Bürger entspricht, selbst dann eingehalten, wenn er nur per Handschlag geschlossen worden wäre.

Beim Aufbau unserer Atomindustrie vor einem halben Jahrhundert hat der Staat diese Branche milliardenschwer subventioniert. Und wenn die AKWs einmal abgerissen werden sollen, werden die vier Großen wieder nach dem Staat schreien, ihnen ihre Abriss- und Entsorgungskosten zu subventionieren. Gefordert und befürwortet wird dieses außergewöhnliche Vorhaben von den Politikern, die nach mehr Freiheit für den Markt rufen. Es sind die gleichen, die vorher gegen Markteinführungshilfen für die Erneuerbaren Energien waren. Es gab und gibt jedoch jetzt einen entscheidenden Unterschied: Die Atomkraft hat ihre Zukunft hinter sich und die Erneuerbaren haben sie vor sich.

Veranstaltungshinweise

Mahnwache Isar I - jeden Mo. 18⁰⁰ Uhr
www.mahnwache-isar1.de

9. Oktober in München www.anti-atom-bayern.de
Regierung und Atomlobby versuchen, gegen den Mehrheitswillen und gegen jede Vernunft den Atomausstieg auszuhebeln und vertragliche Fakten zu schaffen, die auch künftige Regierungen binden würden. Wir widersetzen uns dieser verantwortungslosen Atompolitik. Am 9. Oktober bilden wir in München eine Menschenkette zwischen den Zentralen der Atomlobby (CSU-Zentrale, EON, Siemens, Bayerisches Umweltministerium) und knüpfen ein symbolisches Band für Erneuerbare Energien um klarzustellen: Die Energiewende ist möglich! Jetzt!

Reihen Sie sich ein, demonstrieren Sie mit uns für das Ende der Atomenergie.

Countdown-Veranstaltungen in Landshut

Ab Oktober organisiert das Bündnis für Atomausstieg monatlich Mahnveranstaltungen vor dem Rathaus in der Altstadt. Beginn ist jeweils um 13⁰⁰ Uhr - mit Gastrednern, Bands, Künstlern und allen, die gegen eine Laufzeitverlängerung ein Zeichen setzen wollen. Bis zum Ende der vereinbarten Laufzeit des Atomkraftwerks Isar 1 im Juni 2011 machen wir darauf aufmerksam, dass Atomenergie bereits seit 10 Jahren als „Brückentechnologie“ für die Erneuerbaren Energien im Einsatz ist. In 12 Jahren soll das letzte Atomkraftwerk vom Netz!

Brückentechnologie von 2000 bis 2022, diese Brücke muss reichen!

23.10.2010 – 20.11.2010 – 18.12.2010
22.01.2011 – 19.02.2011 – 19.03.2011
16.04.2011 – 14.05.2011 – 11.06.2011

Über uns - Das Bündnis für Atomausstieg BüfA

Das Bündnis für Atomausstieg (BüfA) wurde Januar 2010 in Landshut gegründet und Armin Reiseck aus Wörth zum Sprecher des Bündnisses gewählt. Im Bündnis sind verschiedene Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen vertreten, die sich seit Jahren für den Atomausstieg und den Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen. Bündnispartner sind der Bund Naturschutz, Kreisgruppe Landshut, die Bürgerinitiative Isartal, das Bürgerforum gegen Atomkraft, die Grünen aus Stadt und Landkreis Landshut.

Gemeinsam engagieren sich die Bündnispartner dafür, dass es keine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke gibt. Ihr besonderes Augenmerk gilt dem Reaktor Isar I, der nach dem noch gültigen Atomkonsens im Sommer 2011 abgeschaltet werden soll. Isar I ist einer der ältesten Reaktoren in Deutschland. Als Siedwasserreaktor weist er eine Fülle von Sicherheitsmängeln auf und wäre heute nicht mehr genehmigungsfähig.

Das BüfA nahm Kontakt zu anderen bayerischen Initiativen und Antiatomgruppen auf, um ihre Arbeit zu vernetzen. Zusammen mit diesen Gruppen wurde der „Bayernexpress“ zur Menschenkette am 24.4. in Norddeutschland organisiert.

Zusammen mit vielen bayerischen Bürgerinitiativen und Antiatomgruppen wurde dann am 26. Juli 2010 die Bayern Allianz 2010 für Atomausstieg und Klimaschutz gegründet. Gemeinsam mit verschiedenen Parteien und Verbänden plant die Bayern Allianz eine große Demonstration in München am 9. Oktober 2010. Die Menschen in der Region Landshut leben schon lange mit dem Risiko eines Atomunfalls. Je länger die Reaktoren am Netz bleiben, umso höher ist aber das Risiko!

Ab Oktober sind monatlich stattfindende Veranstaltungen geplant, bei denen das vertragsmäßige Abschalten von Isar I gefordert wird.

Das Bündnis ist offen für weitere Mitglieder, seien es Einzelpersonen, Bürgerinitiativen, Verbände oder Parteien.

Ansprechpartner ist:

Armin Reiseck
Landshuter Straße 41
84109 Wörth a.d. Isar
armin.reiseck@gmx.de

Für die Unterstützung bei der Erstellung und Finanzierung dieser Informationsschrift bedanken wir uns insbesondere bei:

Gregor Louisoder Umweltstiftung
Firma GEA, Österreich
Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut und Umgebung
Bund Naturschutz, Kreisgruppe Landshut
Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bayern, Kreisverbände Landshut-Stadt und Landshut-Land



V.i.S.d.P. BI-Isartal e.V., 1. Vorsitzender: Erwin Hadersbeck, Franz-Pusl-Str. 28, 84100 Niederaichbach

Die Finanzierung des „Durchblicks“ erfolgt ausschließlich durch Spenden. Wer uns unterstützen möchte:

Spendenkonto: Sparkasse Dingolfing-Landau, BLZ: 743 513 10, Kto-Nr.: 100 479 898